

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.71.Südamerika-HOA/HIC

Bern, 11. Juli 1990

Offizieller Besuch von Herrn Botschafter P.-Y. Simonin,
Chef der Politischen Abteilung II,
in Peru, Ecuador und Kolumbien

Peru, Ecuador und Kolumbien nach den Wahlen

In den drei genannten südamerikanischen Staaten haben in der ersten Hälfte dieses Jahres Präsidentschafts-, bzw. Parlamentswahlen stattgefunden. Die Befolgung demokratischer Spielregeln im politischen Bereich steht jedoch in scharfem Kontrast zur Verschlimmerung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände: Drogenkrieg, Guerillatätigkeit, zunehmende Kriminalität und Gewaltausübung sowie hohe Aussenverschuldung sind die augenfälligsten Symptome einer Entwicklung, die immer weitere Kreise der Bevölkerung in eine elende und marginale Existenz abdrängt. Ablauf und Ergebnis der Wahlen haben aber auch die beträchtlichen politischen und sozialen Unterschiede zwischen den drei Staaten verdeutlicht.

1. Peru

Alberto Fujimoris Wahl zum Präsidenten mit 56,53% der abgegebenen Stimmen - der ursprünglich als Favorit betrachtete Schriftsteller Mario Vargas Llosa erhielt nur 33,92% - hat selbst Kenner der peruanischen Verhältnisse überrascht. Mit dem schlichten Slogan "Ehrlichkeit, Arbeit und Technologie" vermochte der aus bescheidener japanischer Einwandererfamilie stammende, parteilose Agronomie-Professor vor allem die unteren Bevölkerungsschichten mehr zu überzeugen als der elitäre Vargas Llosa, der trotz zwanzig im Ausland verbrachten Jahren sofort mit Limas alteingesessener Oligarchie identifiziert wurde. Auch Fujimoris zwar diffuses, aber einen sanften Umwandlungsprozess versprechendes wirtschaftspolitisches Programm entsprach den Bedürfnissen einer ums Ueberleben kämpfenden Mehrheit der Peruaner eher als die von Vargas Llosa angekündigte Schock-

therapie neoliberalen Zuschnitts. So konnte der zuvor nahezu unbekannte politische Neuling im zweiten Wahlgang auf die Unterstützung der Apra und der Vereinigten Linken bauen. Ob allerdings die Hoffnung vieler Wähler, Fujimori könne eine Sturzflut japanischer Kredite für Peru auslösen, in Erfüllung gehen wird, ist nach den ersten zurückhaltenden Reaktionen der Japaner ungewiss.

Der neu gewählte Präsident und seine Bewegung "Cambio 90" gedenken keine Koalitionen mit bestehenden Parteien einzugehen, sondern wollen je nach Problemkreis mit den verschiedenen Gruppierungen "ad hoc" zusammenarbeiten und sich dabei mehr von pragmatischen, sachlichen als von politisch-ideologischen Grundsätzen leiten lassen. Offen ist zur Zeit, ob der uncharismatische Fujimori - so Frau Botschafter Pauli - der über keine eigene Hausmacht verfügt, zu der Integrationsfigur werden kann, deren seine "Politik der Nationalen Einheit" bedürfte, oder ob er einfach den lavierenden Kurs der Apra weiterführen wird, wie viele Beobachter befürchten.

Während der wirtschaftliche Niedergang des Landes weitergeht - 1989 betrug die Inflation fast 3000%, Kaufkraft der Löhne und BIP sinken immer tiefer - setzt der "Sendero Luminoso" seine Taktik der "strategischen Verteidigung" fort. Diese besteht in der Lähmung der peruanischen Gesellschaft durch Terrorakte und Infiltrierung urbaner Massenorganisationen sowie in der Aufwiegelung der marginalisierten Indios der Anden-Region gegen die Zentralgewalt in Lima. Zwar ist die sozial-mystisch inspirierte Bewegung weit von ihrem Ziel der Machtübernahme und der Errichtung eines totalitären Regimes weiter entfernt als je zuvor, doch wird es ihr trotz der Festnahme von 35 ihrer Führer Anfang Juni auch in Zukunft gelingen, einen grossen Teil der Mittel und Kräfte der Regierung durch diesen Zermürbungskrieg zu binden.

2. Kolumbien

Nachdem in den letzten elf Monaten drei Präsidentschaftskandidaten - ein liberaler und zwei linksstehende - vermutlich vom Medellin-Kartell umgebracht worden sind, kann man füglich von einer Wahl des kolumbianischen Präsidenten durch Elimination

seiner Konkurrenten sprechen. Gesamthaft gesehen weisen die Parlaments- und Kommunalwahlen vom 10. März und die Präsidentschaftswahlen vom 27. Mai eine Tendenz zur Kontinuität mit der vergangenen Aera Barco auf: die Liberalen vermochten ihre Stellungen zu halten; Präsident wurde mit 47,5% der Stimmen ihr Kandidat Cesar Gaviria, der im Verlauf des übrigens eher farblosen Wahlkampfes die Intensivierung des Kampfes gegen die Drogenbarone in Aussicht gestellt hatte und auch aussenpolitisch die Linie seines Vorgängers weiterzuführen gedenkt. Ungewohnt an den diesjährigen Wahlen waren hingegen die niedrige Stimmbeteiligung (am 27. Mai betrug sie 42%) und der Erfolg der neuerdings als Partei auftretenden ehemaligen Guerilla-Bewegung M-19, welcher sogar die äusserst schlecht abschneidenden Konservativen (12%) überflügelte.

Auch die Regierung Cesar Gavirias wird sich mit der Frage der Rückkehr der "Narcotraficantes" in die Legalität befassen müssen, an der sich in Kolumbien die Geister scheiden. Seit Beginn dieses Jahres haben die Kartellbosse wiederholt die Einstellung ihrer kriminellen Tätigkeiten gegen das Versprechen der Regierung angeboten, sie nicht an die USA auszuliefern. Obwohl breite Kreise sich diesem Ansinnen gegenüber aufgeschlossen zeigen, ist mit Konzessionen seitens der neuen Regierung vorläufig nicht zu rechnen. Vielmehr darf angenommen werden, dass Gaviria zur Stärkung des staatlichen Repressionsapparates und zur Intensivierung des Drogenkriegs vermehrt wirtschaftliche Konzessionen von den USA fordern und auch andere Industriestaaten wieder um Hilfe im Rahmen eines "Spezialprogrammes für Kolumbien" angehen wird.

Dass die geglückte Wiedereingliederung der M-19-Guerillas als Präzedenzfall für die übrigen illegalen Widerstandsbewegungen (EPL, FARC, ELN) dienen könnte, ist wenig wahrscheinlich: während jene aus Kreisen irregeleiteter Achtundsechziger stammen, wurzeln diese in den gewaltsamen und ideologisch intransigenten Traditionen des kolumbianischen Bürgerkriegs. Sie finanzieren sich mit Entführungen und Erpressung multinationaler Unternehmen und kontrollieren kleine, schwer zugängliche Urwald- und Berggebiete im Süden und Osten des Landes. Gemessen an der wirtschaftlichen Macht und am politischen Einfluss des

Drogenkartells auch auf höchster Ebene stellen sie aber für die kolumbianische Gesellschaft eine relativ geringe Bedrohung dar.

3. Ecuador

Ecuadors sozialdemokratischer Präsident Rodrigo Borja wird zwar noch bis 1992 im Amt bleiben, doch dürfte die zweite Hälfte seines Mandats wohl vom Resultat der Provinzwahlen vom 17. Juni überschattet werden. Neu zu bestellen waren die 59 den Provinzen zustehenden Sitze in Ecuadors Einkammer-Parlament. Obwohl noch Wochen nach den Wahlen keine eindeutigen offiziellen Ergebnisse vorliegen, ist mittlerweile klar, dass die regierende "Izquierda Democratica" (ID) 17 von ihren vorher 27 Sitzen hauptsächlich an den zentralistischen "Partido social cristiano" und an eine in der Küstenregion angesiedelte populistische Rechtspartei verloren hat. Zusammen sind die konservativen Parteien nun stärker als eine Koalition aller linken Gruppierungen. Um bis 1992 über die Runden zu kommen, wird die ID also auf alle Seiten hin paktieren und Kompromisse schliessen müssen.

Diese Entwicklung ist vor allem auf die mangelnden Führungsqualitäten des im übrigen als integer bekannten Präsidenten Borja zurückzuführen. Er hat es nicht verstanden, die wirtschaftlich immer mehr an Peru gemahnende Situation in den Griff zu bekommen und die Entwicklung hin zu wachsender Unzufriedenheit, politischer Instabilität und zur Entstehung konkurrierender Macht- und Entscheidungszentren aufzuhalten. Die im April lancierte "Kampagne für nationale Einheit und Dialog", die sich in erster Linie gegen die Streikbewegung im öffentlichen Dienst und den zunehmenden Regionalismus wandte, vermochte die Bevölkerung nicht zu mobilisieren.

Aussenpolitisch war Ecuador unter Aussenminister Diego Cordovez sowohl auf regionaler Ebene (Förderung der freundnachbarlichen Beziehungen) als auch international (verschiedene Staatsbesuche, Mandate in der OAS und in UNO-Gremien) äusserst aktiv. In den ersten Monaten dieses Jahres ist allerdings vor allem in Bezug auf den Integrationsprozess zwischen den Anden-Staaten Ernüchterung eingetreten; mit Peru z. B. bestehen immer noch Territorial- und Fischereistreitigkeiten. Gegen die ameri-

kanische Intervention in Panama hatte Quito zuerst heftig protestiert; wegen vier politischen Flüchtlingen in Ecuadors Botschaft in Panama war es sogar zu einem mittlerweile gütlich beigelegten Zwischenfall gekommen. Seither hat Präsident Borja die Beziehungen mit der Regierung Endara normalisiert, nicht zuletzt wegen der enormen wirtschaftlichen Bedeutung des Kanals für Ecuador.

Ecuador gefällt sich nach wie vor in der Rolle einer "Friedensinsel" in Bezug auf den Drogenkrieg der Region. Inzwischen haben sich aber Produktion und Raffinierung von Kokain auch in diesem Land ausgebreitet, abgesehen von seiner schon traditionellen Transitfunktion im Drogenschmuggel zwischen Peru und Kolumbien. Im Vergleich zu den vermuteten 20 Milliarden US-Dollars, die das Drogengeschäft jährlich in Kolumbien abwirft, nehmen sich die 1,2 Milliarden Umsatz, welche in Ecuador erzeugt werden, bescheiden aus. Dennoch ist zu bezweifeln, dass die von der Regierung angekündigten eher dürftigen Präventions- und Repressionsmassnahmen ausreichen werden, um Ecuador von dieser um sich greifenden Plage einigermaßen wirksam zu beschützen.